

## Die Kundgebung gegen die Friedensbedingungen in der Rathaus-Volkshalle.

Die Großdeutsche Vereinigung erläßt folgenden Aufruf: Deutsche Volksgenossen! Die Großdeutsche Vereinigung veranstaltet im Einvernehmen mit sämtlichen nationalen Richtungen Wiens Freitag den 6. d. um 6 Uhr abends in der Volkshalle des Rathauses in Wien eine Massenkundgebung gegen den Vernichtungsfrieden. Es ist selbstverständlich, daß sich die deutschbewußten Kreise Wiens aus allen Ständen massenhaft an dieser Volkskundgebung beteiligen werden. Wir richten aber auch an die derzeit in Wien weilenden Stammesbrüder aus den besetzten Siedlungsgebieten der Ostmark die Bitte, bestimmt zu dieser Versammlung zu erscheinen. Deutsche aus dem Sudetenland, aus Böhmen, aus den Donau- und Alpenländern kommt und erhebt mit uns eure Stimme gegen den uns aufgedrängten Erdrosselungsfrieden, der nicht nur unsere engere Heimat zerstört, sondern auch unsere ganze Zukunft vernichten soll! Nun müssen die Ostmarkdeutschen eine Einheitsfront bilden, unsere Feinde müssen sehen, daß wir nicht gewillt sind, unseren Nacken unter das Joch zu beugen. Deutsche Wiens, Frauen, Männer und Jungmänner, erscheint alle zu dieser Volkskundgebung! Dem Vernichtungsfrieden der Feinde sehen wir unser Selbstbestimmungsrecht, unseren Erhaltungswillen und unsere Zusammengehörigkeit mit den Brüdern im Deutschen Reich entgegen. Heilgruß Deutschland! Die Großdeutsche Vereinigung der Nationalversammlung.

Den Vorsitz in der Versammlung wird Abg. Kittinger führen. Es werden die Abgeordneten Dr. Angerer und Dr. Ursin, für die deutschen Frauen Frau Emmy Stradal sprechen. Auch vor dem Rathaus wird eine Versammlung abgehalten, in der Abg. Wedra sprechen wird. Die deutsche Studentenschaft versammelt sich um halb 5 Uhr nachmittags vor der Universität und wird nach kurzen Ansprachen in geschlossenem Zuge vor das Rathaus ziehen, um an der Versammlung teilzunehmen. Nach Beendigung der Versammlungen in und vor dem Rathaus wird ein Umzug veranstaltet, der sich über den Ring zum Schwarzenbergplatz bewegen wird, wo der Tiroler Abg. Dr. Sepp Straßner und Landtagsabgeordneter Dr. Walter Kiehl Ansprachen halten werden. Auch in Linz, Graz, Salzburg, Wels und Melk werden große Volksversammlungen veranstaltet, bei denen Mitglieder der Großdeutschen Vereinigung und der Schutzvereine sprechen werden.

Der Hauptausschuß des Alpenvereines richtet an die Alpinisten Wiens folgende Aufforderung: Freitag den 6. d. um 6 Uhr findet in der Volkshalle des Rathauses eine Massenkundgebung gegen den Vernichtungsfrieden statt. Alpinisten, die ihr Wiß, weih unehörtler Raub an ideellen und materiellen Gütern uns bevorsteht, wenn dieser schmählige Friedensvertrag zur Wirklichkeit werden sollte, bezeugt durch vollständiges Erscheinen eure Empörung über diese unehörte Zumutung dieses Friedensangebotes und den festen Willen, nie und nimmer einem solch schmähligen Frieden zuzustimmen.

## Der Friedensentwurf von den Christlichsozialen als unannehmbar erklärt.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute unter dem Vorsitz ihres Obmannes Präsidenten Hauzer eine fast vollzählig besuchte Klub Sitzung ab, über die folgende parlamentarische Mitteilung veröffentlicht wird: An Stelle des Abg. Wagner, der sein Mandat im Hauptausschuße zurücklegte, wurde Abg. Professor Seipel in den Hauptausschuß entsendet. Der Vorstand der Vereinigung wurde im Hinblick auf die Friedensverhandlungen durch die Abgeordneten Heintl, Dr. Mataja, Paulitsch, Dr. Schoepfer und Dr. Seipel verstärkt. Abg. Dr. Weislichner berichtete über die Vorgänge in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses und insbesondere über die Ausführungen des Staatssekretärs Doktor Bauer. Ueber diesen Bericht entwickelte sich eine eingehende Wechselrede, an der sich vornehmlich die Abgeordneten M. Mayr, Kunzschaf, Kollmann, Dr. Seipel und Dr. Schoepfer beteiligten. Im Allgemeinen brachte die Wechselrede die Anschauung zum Ausdruck, daß das Friedensdiktat der Entente unannehmbar sei, weil es Deutschösterreich lebensunfähig mache und dem politischen und wirtschaftlichen Tode weibe. Zunächst handle es sich darum, ruhiges Blut zu bewahren und alle Kräfte Deutschösterreichs mutig und zähe zusammenzuschließen, um das äußerste Verderben abzuwenden. Unser Vertrauen in die Zukunft darf man nicht vorzeitig sinken lassen. Die Beratungen werden fortgesetzt.

## Kundgebung der Wiener Börsekammer über den Friedensentwurf.

In der heute unter dem Vorstehe des Präsidenten Otto Seydel und in Anwesenheit des Staatskommissärs Oberfinanzrates Dr. Mosing abgehaltenen Monatsitzung der Wiener Börsekammer wurde folgende Kundgebung einhellig beschlossen:

Die Wiener Börsekammer hat unter dem niederschmetternden Eindruck der Friedensbedingungen und dem Empfinden sämtlicher Börsemitglieder entsprechend verfügt, die Börse bis auf weiteres zu schließen. Das allmähliche Bekanntwerden der Einzelheiten des Friedensvertrages vertieft immer mehr den Eindruck des Katastrophalen. Die Wiener Börse als wichtiger Konzentrationspunkt alles wirtschaftlichen Geschehens im Staate fühlt sich berufen, Ereignisse in ihren Endwirkungen abzuschätzen und zu werten. Sie vermag die Tragweite der Deutschösterreich aufzuerlegenden ungeheuerlichen Bedingungen umso sicherer zu ermessen, als in ihrer Kammer die leitenden Faktoren der finanziellen, kommerziellen und industriellen Unternehmungen des Staates vereinigt sind.

Ohne der offiziellen Friedensdelegation vorzugreifen, glaubt die Kammer aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit heraus, welche sie gegenüber allen gemeinsamen Interessen an der Volkswirtschaft trägt, mit größter Eindringlichkeit auf die völlige Unannehmbarkeit der bekanntgewordenen Zumutungen hinweisen zu sollen. Die Kammer erblickt schon in den bisher bekanntgegebenen Vertragsbestimmungen alle Voraussetzungen des vollkommenen Niederbrüches der heimischen Volkswirtschaft und die absolute Unmöglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz der gesamten Bevölkerung.

Von besonders tief einschneidender Wirkung sind die Verfügungen über die Rechtsverhältnisse des Staates Deutschösterreich und seiner Bewohner zu den neugegründeten Nationalstaaten, weil diese Verfügungen eine vollständige und einseitige Aufhebung aller bisher für unantastbar gehaltenen Rechtsgrundlagen bedeuten und den Ruin des Volkes und Staates und damit eine soziale Katastrophe herbeiführen müßten, welche sich weit über die Grenzen Deutschösterreichs erstrecken würde.

## Dr. Kramarz und Deutschösterreich.

Von führender deutscher Seite wird den Deutschen Nachrichtlich mitgeteilt: Dr. Kramarz hat in Saint-Germain ganz richtig festgestellt, daß Deutschösterreich ebenso wie die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien mit der Vergangenheit und dem alten Oesterreich nichts zu tun hat und daß dieses Land ebenso wie die anderen Sukzessionsstaaten jede Verantwortung für die Politik des alten Oesterreich ablehnen muß. Demgegenüber hat Dr. Kramarz sich bereit, seine Ueberzeugung über diese Auffassung auszusprechen und in "Zeit Journal" die Frage aufzuwerfen, wer denn anders als Oesterreich für das Martyrium der Tschechen und für seine Entfremdung und das über ihn verhängte Todesurteil verantwortlich sei. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß die als Zeugen im Kramarz-Prozess erschienenen Minister deutscher Nationalität, vor allem Ministerpräsident Graf Stürgkh, sämtlich zugunsten des Doktor Kramarz aussagten. Es ist noch erinnerlich, daß Graf Stürgkh die Verdienste des Dr. Kramarz insbesondere für die Wehrmacht der Monarchie hervorhob und ausdrücklich erklärte, daß er nach seiner genauen Kenntnis der sieten loyalen Haltung des Dr. Kramarz es nicht für möglich halte, daß Dr. Kramarz irgend etwas Monarchiefeindliches auch nur beabsichtigt habe. Er rühmte gleichzeitig die stete Aufrichtigkeit und Offenheit des Dr. Kramarz, der stets sein gegebenes Wort gehalten habe, was ebenfalls einen derartigen Verdacht nicht aufkommen lassen könne.

Im selben Sinne sagten auch die anderen deutschen Staatsmänner aus. Sie alle rühmten auch die Verdienste, die sich insbesondere Dr. Kramarz um das Zustandekommen des kleinen Finanzplanes und überhaupt um die Sanierung der Finanzen Oesterreichs erworben hat. Der einzige deutsche Abgeordnete, der in dem Prozess als Zeuge erschien, Dr. Licht, sagte wörtlich: Es muß hervorgehoben werden, daß Doktor Kramarz an den Verhandlungen über den Finanzplan sich hervorragend beteiligte und zu dem günstigen Ergebnis entscheidend beigetragen hat. Ebenso muß ich betonen, daß ich nicht den Eindruck hatte, daß Dr. Kramarz je in einer auswärtigen Tätigkeit monarchiefeindlich gewesen ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß damals ein gewisser Mut dazu gehört hat, gegenüber der offensichtlichsten Tendenz des Kriegesgerichtes, Kramarz zu verurteilen, in diesem Sinne auszusagen. Wenn also Dr. Kramarz dennoch verurteilt wurde, so kann er dies jedenfalls dem deutschen Volke Oesterreichs nicht zur Last legen. Gerade aus den erwähnten Aussagen der deutschen Staatsmänner geht ja hervor, daß Deutsch-Oesterreich mit dem, was Dr. Kramarz als "Alt-Oesterreich" bezeichnet, nichts zu tun hat; denn letzteres hat eben Dr. Kramarz trotz der Feststellung der deutschen Staatsmänner zum Tode verurteilt. Klarer könnte der Unterschied zwischen "Alt-Oesterreich" und "Deutsch-Oesterreich" nicht gekennzeichnet werden, als durch diese heute sehr aktuelle Erinnerung an die Vorgänge im Kramarz-Prozess.

Neue Fre

## Die Kundgebung der Nationalversammlung in der Samstagssitzung.

Wien, 4. Juni.

Die Parteien erörtern die Friedensbedingungen. Heute war eine Beratung der Christlichsozialen, morgen und übermorgen finden Gruppenberatungen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen Vereinigung statt. Je tiefer man in die Einzelheiten eindringt, desto deutlicher kommt es zum Bewußtsein, daß diese Friedensbedingungen für Deutschösterreich geradezu katastrophal sind. Die Beratungen der anwesenden Abgeordneten über den Friedensvertrag sind vorläufig nur akademischer Natur, da Beschlüsse erst nach der Rückkehr des Präsidenten Seih, des Vizkanzlers Fink und des Staatssekretärs Dr. Bauer aus Feldkirch gefaßt werden können. Die Rückkehr dieser drei Funktionäre wird für morgen abend erwartet. Sie werden über das Ergebnis ihrer Besprechungen mit dem Staatskanzler Dr. Kramarz zunächst dem Kabinettsrat berichten. Freitag nachmittags erfolgt der Bericht des Staatssekretärs Dr. Bauer im Hauptausschuß. Aus diesem Berichte werden sich bereits die Richtlinien ergeben, die dann von den Mitgliedern des Hauptausschusses den Parteiklubs vorgelegt werden. Die Absicht geht dahin, alle Parteien in ihrer Stellungnahme zu den Friedensbedingungen auf eine einheitliche Linie zu vereinigen und auf diese Art eine volle Solidaritätskundgebung der gesamten Nationalversammlung zu erzielen.

Die Nationalversammlung ist für Samstag 10 Uhr vormittags einberufen. Die Tagesordnung enthält nur einen einzigen Punkt: den Bericht über die bisher übermittelten Friedensbedingungen. Am Beginn der Sitzung dürfte Präsident Seih eine längere Eröffnungsrede halten. Darauf folgt der Bericht des Staatssekretärs für Neußeres Dr. Bauer, der auch bereits das Ergebnis der Besprechungen mit dem Staatskanzler Dr. Kramarz enthalten wird. An diesen Bericht schließen sich dann die offiziellen Erklärungen der Parteien. Eine weitere Debatte ist nicht geplant.

## Die Leitung des Staatsamtes für Neußeres.

Zu Vertretung des verreisten Staatssekretärs Doktor Bauer hat Unterstaatssekretär Egon Pflügl die Leitung des Staatsamtes für Neußeres übernommen.